

Bundeskanzlerin Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

24. Juli 2020

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

mit diesem Schreiben wenden sich besorgte deutsche und israelische Bürgerinnen und Bürger an Sie. Unsere Sorge gilt der drohenden Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel sowie dem inflationären, sachlich unbegründeten und gesetzlich unfundierten Gebrauch des Antisemitismus-Begriffs, der auf die Unterdrückung legitimer Kritik an der israelischen Regierungspolitik zielt. Unsere Sorge ist besonders groß da, wo diese Tendenz mit politischer und finanzieller Unterstützung des Antisemitismusbeauftragten gefördert wird.

Ein Beispiel, welches menschenverachtende Ausmaß solche Aktivitäten annehmen können, ist die Förderung der Publikation »Der neu-deutsche Antisemit« von Arye Sharuz Shalicar, laut Angaben des Verlags seit 2017 Direktor für Auswärtige Angelegenheiten im Ministerium für Nachrichtendienste im Büro des israelischen Ministerpräsidenten, und dessen anschließende Vortragsreise durch deutsche Städte. In diesem 2018 im Verlag Hentrich & Hentrich erschienenen Buch wird der Historiker und Publizist Dr. Reiner Bernstein als Antisemit geschmäht.

Seit Jahrzehnten setzt sich Reiner Bernstein unermüdlich für eine gerechte und gewaltfreie Lösung des Israel-Palästina Konflikts ein, z. B. im Rahmen der Genfer Friedensinitiative (2003). Dass gerade ein sorgfältig differenzierender Historiker auf diese Weise verunglimpft wird, zeigt paradigmatisch die zunehmend auch in Deutschland wirksame Strategie der israelischen Regierung, jegliche Kritik der völkerrechtswidrigen Besatzungs- und Siedlungspolitik als antiisraelisch und antisemitisch zu brandmarken.

Reiner Bernsteins Engagement, der, anders als von Shalicar behauptet, kein Jude ist, gründet in seiner historischen Verantwortung als Deutscher. Mit seiner ethischen Haltung steht er darüber hinaus in einer knapp hundertjährigen Tradition der Bemühungen um eine gerechte Lösung für den jüdisch-arabischen bzw. israelisch-palästinensischen Konflikt, wie sie bereits in den 1920er Jahren von Mitgliedern von Brit-Shalom (Friedensbund) entworfen wurde. Zu den Mitgliedern von Brit-Shalom gehörten auch Martin Buber und Gershom Scholem. Die Hoffnung auf Frieden blieb bis zur Ermordung Jitzchak Rabins ein zentrales Anliegen der israelischen Gesellschaft und Politik. Ermordet wurde Rabin von einem Einzeltäter, dessen politische Haltung seither immer wirkungsmächtiger geworden ist und heute wesentliche Züge der israelischen Regierungspolitik zu bestimmen scheint.

Wir fragen uns, welchen Kräften im heutigen Israel die Unterstützung der Bundesregierung gilt. Mit der Förderung zweifelhafter Publikationen, deren aggressiv-populistische Machart nicht faktengestützt ist, wird jedenfalls geduldet, dass Stimmen des Friedens und des Dialogs diffamiert und mundtot gemacht werden sollen. Frieden kann nur durch gegenseitigen Respekt erreicht werden.

Wo kritischer Dialog notwendiger denn je ist, schafft die missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs zunehmend auch in Deutschland eine Stimmung der Brandmarkung, Einschüchterung und Angst. In dieser Atmosphäre wundert es nicht, dass das Berliner Kammergericht Bernsteins Klage gegen seine Verleumdung zurückgewiesen hat. Mit der Unterstützung rechtspopulistischer israelischer Stimmen lenkt der Beauftragte der Bundesregierung gegen Antisemitismus die Aufmerksamkeit von realen antisemitischen Gesinnungen und Ausschreitungen ab, die jüdisches Leben in Deutschland tatsächlich gefährden.

Mit der EU-Ratspräsidentschaft und dem Vorsitz im UN-Sicherheitsrat der Vereinten Nationen kommt Deutschland aktuell eine besondere Verantwortung zu. Wesenskern deutscher Staatsraison ist auch und vor allem die Verpflichtung gegenüber den universellen Menschenrechten und dem Völkerrecht. Die Sicherheit Israels kann nur im Einklang mit diesen dauerhaft sein.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung im Sinn der Friedenskräfte wahrnehmen wird, die immer schon Teil der jüdischen Gemeinschaft waren und sind. Wir erwarten eine entschiedene Bekämpfung des Antisemitismus dort, wo er sich tatsächlich manifestiert. Wir erwarten den konsequenten Schutz der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, um im öffentlichen Diskurs kontrovers über die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts diskutieren zu können. Und wir erwarten nicht zuletzt eine entschlossene Initiative der Bundesregierung und der Europäischen Union, um die drohende, völkerrechtswidrige Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel zu verhindern und der israelischen und der palästinensischen Seite die Rückkehr an den Verhandlungstisch zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Katajun Amirpur, Köln  
Dr. Gabriele von Arnim, Berlin  
Prof. Dr. Dieter Becker, Bielefeld  
PD Dr. Johannes M. Becker, Marburg  
Katja Behrens, Darmstadt  
Prof. Dr. Wolfgang Benz, Berlin  
Jörn Böhme, Berlin  
Prof. Dr. Lorenz Böllinger, Bremen  
Fred Breinersdorfer, Berlin

Prof. Dr. Micha Brumlik, Berlin  
Prof. Dr. Jose Brunner, Tel Aviv  
Prof. Dr. Naomi Chazan, Jerusalem  
Prof. Dr. Johannes Feest, Bremen  
Prof. Dr. Rivka Feldhay, Jerusalem  
Prof. Dr. Josef Freise, Neuwied  
Prof. Dr. Gideon Freudenthal, Jerusalem  
Prof. Dr. Efrat Gal-Ed, Köln  
Prof. Dr. Amos Goldberg, Jerusalem

Dr. Ran HaCohen, Tel Aviv  
Dr. Illana Hammerman, Jerusalem  
Gert Heidenreich, Seefeld  
Christoph Hein, Havelberg  
Michal Kaiser-Livne, Berlin  
Wolfgang Killinger, Gauting  
Dr. Tanja Kinkel, München  
Prof. Dr. Menachem Klein, Jerusalem  
Dr. Annelen Kranefuss, Köln  
Ursula Krechel, Berlin  
Michael Krüger, München  
Prof. Dr. Karin Kulow, Berlin  
Dr. Ulrich Kusche, Göttingen  
Andreas Lesser, München  
Dr. Meir Margalit, Jerusalem  
Prof. Dr. Thomas Metzinger, Mainz  
Brian Michaels, Bonn  
Edith Müller, Berlin  
Sten Nadolny, Berlin  
Norbert Niemann, München  
Prof. Dr. Fania Oz-Salzberger, Haifa  
Rainer Ratmann, Hünstetten  
Prof. Dr. Klaus Reichert, Frankfurt  
Edgar Reitz, München  
Prof. Dr. Luise Reddemann, Köln  
Anatol Regnier, München  
Prof. Dr. Sebastian Scheerer, Hamburg  
Dr. phil. habil. Claudia Schmölders, Berlin  
Ingo Schulze, Berlin  
Alexandra Senfft, Fuchstal  
Prof. Dr. Galili Shahar, Tel Aviv  
Volker Skierka, Hamburg  
Dr. Tilman Spengler, München  
Prof. Klaus Staeck, Heidelberg  
Christian Sterzing, Edenkoben  
Johano Strasser, Berg (Starnberger See)  
Barbara Unmüßig, Berlin  
Prof. Dr. Rolf Verleger, Lübeck  
Prof. Dr. Wilhelm Voßkamp, Köln  
Dr. Ofer Waldman, Berlin / Kiryat Tivon  
Hans Well, „Wellbappn“, Türkenfeld  
Friedrich Wolf, Köln

Prof. Dr. Moshe Zimmermann, Jerusalem  
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin  
Prof. Dr. Moshe Zuckermann, Tel Aviv

**Nachträglich haben unterzeichnet:**

Prof. Dr. Aleida Assmann, Konstanz  
Prof. Dr. Jan Assmann, Konstanz  
Prof. Dr. Gert Krell, Hofheim / Ts.

Stand 26. Juli 2020